

Umstrittene Globalisierung

Staat und Welt als Bezugssysteme des Handelns im Prozeß der Globalisierung

Lutz Zündorf

Inhalt

Problemstellung

1. Das Bezugssystem "Nationalstaat"

2. Das Bezugssystem "Welt"

3. Der Prozeß der Umstellung der Bezugssysteme

3.1 Umstellung als welthistorischer Prozeß

3.2 Umstellungen der Staaten

3.3 Umstellungen der Bürger

4. Diskussion

Anmerkungen

Literatur

Problemstellung

Der Globalisierungsdiskurs bewegt sich zum größten Teil zwischen den Antinomien "Nationalstaat" und "Welt"; dabei kann für Nationalstaat auch "Sozialstaat", "Volkswirtschaft" oder "Demokratie" stehen, während "Welt" als einheitlicher Markt, als Gefüge von Herrschaftsgebilden oder als Komplex von Kulturen begriffen werden kann. Einige Autoren befürchten den Niedergang des National- oder Wohlfahrtsstaates, die Auflösung staatlich umhегter Volkswirtschaften, die Schwächung der Demokratie durch die entfesselten Kräfte der Globalisierung; andere begrüßen die Dominanz des Weltmarktes, die friedliche Konkurrenz der Staaten, die Begegnung der Kulturen als Chancen oder Zwänge zur Umgestaltung überkommener institutioneller Strukturen oder zu Überwindung des Nationalstaates als allzuständige und letztverantwortliche Instanz des Gesellschaftslebens.

Die Konzeption von Globalisierung als Prozeß der Umstellung der Bezugssysteme des Denkens und Handelns von Staat auf Welt wirft eine Reihe von Fragen auf: Wie lassen sich die beiden Bezugssysteme sinnvoll definieren und voneinander abgrenzen? Welches sind ihre Protagonisten und Anhänger? Wo verlaufen die entscheidenden Konfliktlinien? Wie lassen sich die komplexen Umstellungsprozesse historisch und empirisch erfassen? - Hinter jeder dieser einfach formulierten Fragen verbirgt sich ein komplexer Problemzusammenhang, dessen Ausleuchtung den Rahmen eines Aufsatzes sprengen würde. Daher kann es in diesem Beitrag nur um eine Annäherung an diesen Fragenkomplex gehen. Von der klassischen Definition des Nationalstaates ausgehend, werden zuerst drei staatszentrierte Bezugssysteme (Rechtsstaat, Sozialstaat, Territorialstaat) skizziert. Im zweiten Schritt werden globale Bezugssysteme (Welt als einheitlicher Markt, als Gefüge von Herrschaftsgebilden, als Konglomerat von Kulturen) umrissen. Die Argumentation läuft darauf hinaus, zu zeigen, daß es sich bei diesen Konzeptionen keineswegs um geschlossene und harmonische Gesellschafts- und Weltbilder handelt; vielmehr enthält jedes der sechs Bezugssysteme spezifische Spannungs- und Konfliktlinien, aus denen sich seine jeweilige Dynamik speist. Schließlich werden Prozesse der Umstellung der Bezugssysteme in Richtung Globalität - notwendigerweise

höchst kursorisch - auf drei Ebenen analysiert: auf der Ebene umfassender historischer Prozesse, auf der Ebene staatlichen Handelns und auf der Ebene individueller Akteure.

1. Das Bezugssystem "Nationalstaat"

Unter "Nationalstaat" versteht man herkömmlicherweise "1. Ein Staatsgebiet als ausschließlicher Herrschaftsbereich, 2. Ein Staatsvolk als seßhafter Personenverband mit dauernder Mitgliedschaft, 3. Eine souveräne Staatsgewalt, was (a) nach innen das Monopol der legitimen Anwendung physischer Gewalt bedeutet, (b) nach außen die rechtliche Unabhängigkeit von anderen Instanzen. Strikte Einheitlichkeit von Gebiet, Volk und Gewalt stellt eine Art von gemeinsamem Nenner dar. Es gibt nur eine Staatsgewalt, und das Staatsvolk aus rechtlich einheitlichen Individuen spricht jeweils nur eine Sprache" (*Reinhard 1999, 16*). Aus diesen drei Definitionsmerkmalen des Staates lassen sich unterschiedliche Bezugssysteme des Denken und Handelns ableiten: Aus dem Definitionsmerkmal "Staatsgewalt" ergibt sich das Bezugssystem "Rechtsstaat", bei dem es um die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung auf der Grundlage handlungsbegrenzender Institutionen geht; aus dem Definitionsmerkmal "Staatsvolk" ergeben sich die Bezugssysteme "Demokratie" und "Sozialstaat", bei denen es um die Produktion und Verteilung öffentlicher Güter und Leistungen geht; aus dem Definitionsmerkmal "Staatsgebiet" ergibt sich das Bezugssystem "Territorialstaat", bei dem es um die Entwicklung von Infrastrukturen und Standortvorteilen geht.

Rechtsstaat

Die Staatsgewalt, d.h. "das "Monopol legitimen physischen Zwanges" wird in Webers (*1976, 29*) Definition des Staates auf "die Durchführung der Ordnungen" "innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets" bezogen. Dabei ist physische Gewaltanwendung zwar das "spezifische", aber keineswegs das einzige Mittel staatlichen Handelns; sie ist "überall die ultima ratio, wenn andre Mittel versagen". Unter "andren Mitteln" sind insbesondere Verwaltung durch Fachbeamtentum und rationales Recht zu verstehen (*Weber 1981, 290*).

Der Staat erscheint hier vor allem als Rechtsstaat, der legitime Ordnungen, wenn nicht selbst durchsetzt, so doch garantiert oder ihren Wandel moderiert. Ordnungen, d.h. institutionelle Strukturen können als "die Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktionen (betrachtet werden) ... Institutionen vermindern die Unsicherheit, indem sie für eine gewisse Ordnung ins unserem täglichen Leben sorgen. Sie schaffen Richtlinien für menschliche Interaktion, damit wir wissen (oder leicht in Erfahrung bringen können), wie wir uns verhalten müssen... Um es in der Sprache der Ökonomen zu sagen: Institutionen definieren und limitieren des Wahlbereich des einzelnen" (*North 1992, 3f*)."

Mit North (*1992, 43ff*) kann man zwei Arten von Institutionen unterscheiden: formale (oder formgebundene) Institutionen, die von Menschen für bestimmte Zwecke bewußt geschaffen wurden, wie z. B. Verfassungen und Gesetze, und informelle (oder formlose) Institutionen, die im Laufe der Zeit von selbst entstanden sind, wie Sitten, Bräuche und Konventionen. Formgebundene Institutionen resultieren aus politischen Entscheidungen; formlose Institutionen gehören zum Traditionsbestand einer Gesellschaft, sie "sind ein Teil jenes Erbes, das wir Kultur

nennen" (*ibid.*, 44). Während formlose Institutionen sich staatlicher Gestaltungsmacht entziehen, sind formale Institutionen seine Domäne. Da formale Institutionen Handlungsspielräume voluntaristisch begrenzen, sind sie umstritten, werden sie von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen immer wieder bestritten, sind sie Objekte permanenter gesellschaftlicher Machtspiele. North vertritt die Hypothese, daß formgebundene Institutionen im Interesse derjenigen Akteure oder Gruppen geschaffen werden, die überlegende Verhandlungsmacht haben.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Institutionen liegt in ihrer Eignung, den Austausch in arbeitsteiligen Wirtschaften zu erleichtern und damit die wirtschaftliche Entwicklung zu begünstigen. Dabei sind die Transaktionskosten des Austausches und der Koordination der Handlungen von entscheidender Bedeutung. Tauschbeziehungen sind kostspielig. Die Suche nach Tauschpartnern, die Beurteilung der zu tauschenden Güter oder Leistungen, die Verhandlungen zwischen den Tauschpartnern, der Abschluß und die Durchsetzung von Verträgen (z.B. vor Gericht) kosten Zeit und damit Geld. Hohe Transaktionskosten beschränken die Größe des Marktes und damit das Ausmaß der Arbeitsteilung, von der wiederum die Arbeitsproduktivität und damit die wirtschaftliche Entwicklung abhängen.

Ein allgemein anerkanntes, rationales Recht kann wesentlich zur Senkung der Transaktionskosten und damit zur Ausweitung der Tauschbeziehungen beitragen. North (1988) betont vor allem die Bedeutung der Eigentums- und Verfügungsrechte für die wirtschaftliche Entwicklung. Staatlich garantierte wirtschaftliche Freiheit und Sicherheit des Eigentums sind wesentliche Voraussetzungen für Handel und Produktion, für die Entwicklung privaten Unternehmertums und langfristiger Investitionen. Der Staat muß einerseits stark genug sein, individuelle Eigentums- und Verfügungsrechte durchzusetzen; er darf andererseits aber nicht so stark sein, daß die Inhaber der Staatsgewalt alles, was ihnen in den Sinn kommt, durchsetzen können. Hier spielt neben der verfassungsmäßigen Begrenzung der Regierungs- und Staatstätigkeit der internationale Staaten- bzw. Standortwettbewerb eine wesentliche Rolle, der, wie noch gezeigt wird, für die Entwicklung des Westens im Unterschied zu anderen Kulturkreisen von größter Bedeutung ist.

Nun sind institutionelle Ordnungen, die den Mitgliedern einer Gesellschaft Sicherheit und der Gesellschaft im Ganzen Stabilität verleihen sollen, in Zeiten beschleunigten Wandels besonders bedroht und umstritten. Institutionen oder Ordnungen sollen einerseits stabil und berechenbar sein, andererseits müssen sie dem Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft angepaßt werden. Die sich daraus ergebenden Probleme der Variabilität, der Effizienz und Legitimität institutioneller Ordnungen können mit Bornschiers (1988, 1992) Konzept der Karriere von Gesellschaftsmodellen genauer untersucht werden. "Unter einem Gesellschaftsmodell kann man sich in etwa den zu einem gegebenen Zeitpunkt in einer Gesellschaft vorherrschenden Basiskonsens und die damit verbundenen institutionellen Arrangements zur Regelung von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Leitwerten und Machtansprüchen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vorstellen" (Bornschier 1992, 331). Gesellschaftsmodelle können als institutionelle Lösungsversuche auf langdauernde und tiefgreifende, interne oder externe Problemlagen begriffen werden; sie "werden im Anschluß an langdauernde und profunde Krisen formuliert, setzen sich durch, führen im Verlauf ihrer Entfaltung zu steigenden Spannungen und zersetzen sich, um der Suche nach einem neuen Modell Platz zu machen" (Bornschier 1988, 9).

Im westlichen Kulturkreis lassen sich seit der industriellen Revolution drei Gesellschaftsmodelle unterscheiden: "das (liberale) Modell der Gründerzeit (seit den 1830er Jahren), das (klassenpolarisierte) Gesellschaftsmodell der

Nachgründerzeit (seit den 1880er Jahren) und das (neokorporatistische) keynesianistische Gesellschaftsmodell (seit den dreißiger Jahren), das seit einiger Zeit zerfällt" (Bornschiefer 1988, 13, 19) - und so könnte man hinzufügen, inzwischen fast völlig erodiert ist und einem neuen Gesellschaftsmodell Platz gemacht hat, das häufig als neoliberales Modell bezeichnet wird und sich seit den 70er Jahren immer stärker durchsetzt. Stark verallgemeinernd kann man die gesamte Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit der industriellen Revolution als Kampf um die Balance zwischen Staat und Markt verstehen, wobei sich Phasen der Zurückdrängung des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft mit Phasen staatlicher Intervention in den Wirtschaftsprozess und Übernahme sozialer Verantwortung abgewechselt haben. Ob mit dem erneuten Triumph eines erneuerten liberalen Modells, in dem die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Deregulierung von Märkten und Steuersenkungen - aber auch neue Ungewißheiten, Instabilitäten und Disparitäten die hervorstechendsten Züge sind, das "Ende der Geschichte" (Fukuyama 1992) erreicht ist, erscheint vor dem Hintergrund des bisherigen Geschichtsverlaufs mehr als zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, daß auch dieses Modell an Grenzen der Effizienz und Legitimität stößt, sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen allmählich zersetzt und von einem neuen Modell abgelöst wird.

Sozialstaat

Wenn man als zweites Definitionsmerkmal des modernen Staates, das Staatsvolk bzw. die Bevölkerung ins Spiel bringt, stellen sich zwei Fragen: zum einen die Frage nach ihrer Mitwirkung der Bevölkerung bei der "Durchführung von Ordnungen", also das Problem der Demokratie, in der das Staatsvolk als Subjekt erscheint; zum anderen das Staatsvolk als Objekt staatlichen Handelns, also vor allem das Problem des Sozialstaates. Die unmittelbar an die Existenz eines Staates gebundenen Ordnungsformen "Sozialstaat" und "Demokratie" können als Bestandteile von Gesellschaftsmodellen betrachtet werden, die sich internen und externen Herausforderungen und Anpassungszwängen stellen müssen. Beide erscheinen durch den Globalisierungsprozeß gefährdet.

Der Begriff des Sozialstaats ist hier auf den Kampf sozialer Gruppen um staatliche Leistungen bezogen. Es geht darum, welche Güter und Leistungen (im weitesten Sinne: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Information und Unterhaltung usw.) als öffentliche bzw. kollektive Güter, von deren Nutzung oder Verbrauch niemand ausgeschlossen werden kann, definiert werden und vom Staat bereitgestellt werden sollen, und welche als private Güter definiert werden sollen, die über den Markt vermittelt werden sollen und für die das Ausschlußprinzip gilt. Als Zwischenkategorie gibt es noch meritorische Güter, für deren Bereitstellung der Markt nur eingeschränkt geeignet erscheint und die daher staatliche Unterstützung oder Regelung erfordern.

Nach der Definition der Güter bzw. nach dem Gewicht von Staat und Markt bei ihrer Verteilung lassen sich Gesellschaftsordnungen oder -systeme klassifizieren; Gesellschaften, in denen die weitaus meisten Güter handelbar sind und über den Markt ausgetauscht werden, kann man marktwirtschaftlich oder kapitalistisch nennen; Gesellschaften, die fast nur öffentliche oder kollektive Güter nennen, kann man sozialistisch oder kommunistisch nennen. Uns interessieren im folgenden offene Gesellschaften, in denen unterschiedliche soziale Gruppen in mehr oder weniger demokratischen Verfahren um die Verteilung öffentlicher Güter konkurrieren.

Die Erscheinungsformen, Voraussetzungen und Folgen derartiger Verteilungskämpfe lassen sich am besten im Rahmen von Olsons (1985) Theorie kollektiven Handelns analysieren. Ausgangspunkt dieser Theorie ist die Beobachtung, daß die Chancen, Interessengruppen zu bilden, in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Interessen lassen sich unterschiedlich gut organisieren (je nach Größe und selektiven Anreizen). Manche Interessen sind gut organisiert (Arbeit, Kapital), andere schlecht (Konsumenten, Steuerzahler, Arbeitslose, Arme). Die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen ist fast immer asymmetrisch. Gut organisierte Interessen tendieren dazu, sich auf Kosten der Gesellschaft oder auf Kosten schlecht organisierter Interessengruppen ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen und somit die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft zu erhöhen.

Interessenorganisationen bilden sich umso leichter, je mehr der erwartete Nutzen einer Mitgliedschaft die damit verbundenen Kosten übersteigt, je besser die Mitglieder in ihren Zielen übereinstimmen und je besser sich der Erfolg kollektiven Handelns auf die Organisation und ihre Mitglieder beschränken läßt. Diese Gruppen sind in der Regel mehr an der Durchsetzung ihrer Sonderinteressen als am Gemeinwohl orientiert, daher haben Verteilungsfragen einen höheren Stellenwert als Produktionsprobleme. Je stärker die Produktionsprobleme vernachlässigt werden, umso geringer wird die Verteilungsmasse, und es wächst die Gefahr, daß der gesellschaftliche Verteilungskampf Substanz und Entwicklungspotential der Wirtschaft unterminiert. In diesem Falle drohen Stagnation oder sogar Niedergang.

Olson hat beobachtet, daß vor allem alte, stabile, in der Vergangenheit erfolgreiche Gesellschaften unter rivalisierenden "Verteilungscoalitionen" leiden, die sich gegenseitig blockieren, gesellschaftliche Reformen behindern, Wirtschaftswachstum hemmen und den Niedergang der gesamten Nation herbeiführen. Umgekehrt haben junge Nationen, in denen sich noch keine Verteilungscoalitionen festgesetzt haben, in denen die Chancen, dem Wettbewerb auf dem Markt zu entkommen und den Staat zu fesseln, geringer sind, bessere Wachstumschancen und bessere Chancen zur Verringerung der Entwicklungsunterschiede. Vorteile haben auch Gesellschaften, deren Verteilungscoalitionen durch Kriege, Bürgerkriege, Revolutionen oder Regimewechsel zerschlagen wurden. Eine lange Tradition der Koalitionsfreiheit und anhaltender wirtschaftlicher Erfolg scheinen günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von Interessenorganisationen zu bilden. Sobald diese aber eine kritische Masse erreicht haben, können sie sich wechselseitig blockieren, Reformen behindern und zu "institutioneller Sklerose" führen. Der Weg aus der Krise führt in der Regel über Politiker, die stark genug sind, den Erpressungsversuchen der Sonderinteressengruppen zu widerstehen, einen neuen Basiskonsens herbeizuführen und entsprechende institutionelle Reformen durchzusetzen. Dabei erscheint der Universalismus des Marktes als das wirksamste Gegengift gegen partikularistische Gruppierungen, die ihre Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen versuchen. So gesehen verläuft die entscheidende Konfliktlinie "zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Interesse am Wettbewerb und dem privatwirtschaftlichen Interesse daran, dem Wettbewerb zu entkommen" (Weede 1990, 70).

Territorialstaat

So wie sich aus dem Definitionsmerkmal "Staatsgewalt" das Bezugssystem "Rechtsstaat" und aus dem Definitionsmerkmal "Staatsvolk" das

Bezugssystem "Sozialstaat" ableiten läßt, so ergibt sich aus dem Definitionsmerkmal "Staatsgebiet" das Bezugssystem "Territorialstaat". Die klassischen Funktionen des Territorialstaates betreffen die Sicherung der Grenzen und Erschließung des Staatsgebiets durch Verbesserung der Infrastruktur.

Die Öffnung oder Schließung der Grenzen durch eine Vielzahl von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen, wie Zölle, Devisenkontrollen, Importquoten, Genehmigungen, Subventionen und Bürgschaften usw. gehört zu den klassischen Verwaltungsmitteln des modernen Staates. Die Fähigkeit von Staaten, sich nach außen hin abzuschließen, scheint angesichts der zunehmenden Mobilität individueller und korporativer Akteure und der Fortschritte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien immer weiter abzunehmen. Allerdings sollte man die Kapazitäten von Nationalstaaten zur Schließung ihrer Binnenmärkte, zur Beschränkung internationaler Güter- und Kapitalbewegungen und zur Schwächung internationaler Organisationen nicht unterschätzen (Mann 1997; Lütz 1997).

Unter der Voraussetzung, daß eine Abschließung nach außen weder möglich noch wünschenswert ist, entwickelt sich die Infrastrukturpolitik immer mehr zu einem Bestandteil der Standortpolitik. Diese zielt auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Wirtschaftsraums und gerät dabei in ein Spannungsverhältnis zur Sozialpolitik, deren Leistungen auf die Bewohner des Staatsgebietes begrenzt sind. Vereinfacht gesagt, orientiert sich die Entwicklung der Infrastruktur weniger an den Bedürfnissen der inländischen Bevölkerung als an den Erwartungen ausländischer Investoren. (1) Dieses Spannungsverhältnis umschreibt Hirsch (1995, 103) mit seinem Begriff vom "nationalen Wettbewerbsstaat", demzufolge "grob gesprochen ... sich staatliche Politik zunehmend darauf (konzentriert), einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen. Genau dies kollidiert aber zunehmend mit den Bedingungen einer sozialökonomisch ausgewogenen und demokratischen innergesellschaftlichen Entwicklung. In diesem Sinne kann von der Herausbildung eines neuen Typs des kapitalistischen Staates: dem >>nationalen Wettbewerbsstaat<< gesprochen werden."

Wir haben somit drei Gesichter des modernen Staates - Rechtsstaat, Sozialstaat und Territorialstaat - mit jeweils unterschiedlichen Frontlinien im gesellschaftlichen Kampf um Ordnungen identifiziert (vgl. Abbildung 1). Die wohl wichtigste trennt Gruppierungen, die weitergehende Deregulierung, marktwirtschaftliche Lösungen und eine Öffnung des Wirtschaftsraums befürworten, von solchen, die mehr auf Regulierung, staatliche Verantwortung und strikte Grenzregime setzen. Erstere werden wir weiter unten "cosmopolitans", letzere "locals" nennen.

Abbildung 1: Konzeptionen des Staates

<i>Definitionsmerkmal</i>	Staatsgewalt	Staatsvolk	Staatsgebiet
<i>Staats-Typus</i>	Rechtsstaat	Sozialstaat	Territorialstaat
<i>Staatsaufgaben</i>	gesellschaftliche Ordnung	Öffentliche Güter und Leistungen	Grenzsicherung Infrastrukturentwicklung
<i>Politische Optionen</i>	Regulierung/ Deregulierung	Staat/ Markt	Öffnung/ Schließung
<i>gesellschaftliche Konfliktlinien</i>	staatlich garantierte Ordnung versus Wohlfahrt	organisierte Interessen versus freie Märkte	Standortwettbewerb versus Marktuniversalismus

2. Das Bezugssystem "Welt"

Auch der zweite Begriff unserer Konzeption von Globalisierung, "Erdkugel" oder "Welt" ist vieldeutig und erfordert eine Klärung. Soziologisch kann man "Welt" als "Weltgesellschaft" übersetzen. "Wenn es eine Weltgesellschaft gibt, stellt sich die Frage, wie man sich ein angemessenes Bild von dieser Gesellschaft machen kann. Ein Bild ist ein notwendiges Mittel, um sich zu orientieren. Gibt es Bilder über die Weltgesellschaft, die dem einzelnen dazu dienen, sich in dieser Gesellschaft zu orientieren? Gibt es insbesondere Bilder, die es ihm erlauben, massenmediale Informationen über die weite Welt in irgendeinen Zusammenhang zu bringen" (*Heintz 1982, 7*)? Heintz (*1982, 5ff*) unterscheidet sieben "Weltgesellschaftsbilder" ... und zwar sowohl im Sinne von Abbildern dieser Gesellschaft als auch im Sinne von Bildern, die selbst Teil dieser Realität sind": Weltgesellschaft als Herrschaftsstruktur, als internationales Schichtungssystem, als Konglomerat verschiedener Kulturen, als Verknüpfung von Herrschafts- und Schichtungscode, als Ergebnis der Geschichte, als weltweite sinnstiftende Interaktion und als Feld von Interaktionen zwischen jeweils zwei Partnern in einem vieldimensionalen Raum.

Für unseren Problemzusammenhang reicht es aus, drei Weltgesellschaftsbilder oder Codes zur Beschreibung der Weltgesellschaft zu unterscheiden: Welt als einheitlicher Markt (ökonomischer Code), Welt als Gefüge von Herrschaftsgebilden oder Staaten (politischer Code) und Welt als Konglomerat verschiedener Kulturen (kultureller Code).

Welt als Markt

Die Idee der Welt als Markt und die Doktrin von den wohltätigen Wirkungen des Freihandels ist spätestens seit Adam Smith von einer großen Mehrheit von Ökonomen vertreten worden und hat das Handeln vieler Unternehmer und Politiker geprägt. (2) Sie wird von von Weizsäcker (*1999, 49*) wie folgt zusammengefaßt: "Das klassische Argument für den Freihandel ist dasselbe wie für die Marktwirtschaft überhaupt: der Freihandel erlaubt die Spezialisierung jeder Nation auf ihre jeweiligen Stärken, auf ihre jeweiligen komparativen Vorteile. Dadurch wird nicht nur insgesamt das Weltsozialprodukt gesteigert, sondern es profitiert davon auch jede einzelne Nation. Indem sie sich durch das Marktgeschehen auf die Herstellung von Gütern konzentriert, die sie billiger als andere herstellen kann, kommt sie billiger auch an die Güter, bei denen andere Nationen einen Produktionsvorteil haben: sie kann diese anderen Güter von diesen anderen Nationen billiger erwerben als sie sie selbst zu produzieren in der Lage wäre".

Während die Protagonisten des Freihandels unterstellen, daß die Freiheit des Marktes "natürlich" und seine Beschränkungen "künstlich" sind, argumentieren seine Kritiker wie Gray (*1999, 29*) genau umgekehrt, wobei der Bezugspunkt jedoch weniger das Sozialprodukt als soziale Sicherheit ist: "In Wahrheit jedoch sind freie Märkte Kunstprodukte staatlicher Macht; sie existieren nur so lange, wie der Staat verhindern kann, daß sich das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz vor wirtschaftlichen Risiken Gehör verschaffen kann. Fehlt ein starker Staat, der sich einem liberalen Wirtschaftsprogramm verpflichtet fühlt, werden Märkte unweigerlich von einer Unzahl von Restriktionen und Reglementierungen in ihrer freien Entfaltung behindert... Märkte, auf denen Beschränkungen

herrschen, sind in jeder Gesellschaft die Norm, freie Märkte dagegen das Ergebnis von Planung und politischem Druck."

Wie Hirschman (1989) zeigt, sind die grundlegenden Argumente im Streit um die Bewertung des Marktes schon in der französischen und schottischen Aufklärung formuliert worden. Die heute von neoliberaler Seite vertretene These von der wohltätigen Wirkung von Freihandel und Marktprinzip ist im Kern nur eine Variante der "Doux-Commerce-These" aus dem 18. Jahrhundert. Sie besagt, daß die Expansion des Handels zur Zivilisierung der Gesellschaft beiträgt; sie zügelt zerstörerische und gefährliche Leidenschaften, mildert die Sitten und befördert rationale Verhaltensweisen. Der Handel begrenzt Willkür und Machtentfaltung politischer Herrscher und verbindet die Bürger zum beiderseitigen Nutzen; Leidenschaften werden durch Interessen zurückgedrängt. Hirschman (1989, 194f) zitiert Thomas Paine, der die Zivilisierungsthese vor mehr als 200 Jahren so formulierte. "(Der Handel) ist ein friedliches System, das dahin wirkt, die Menschen einander näher zu bringen, indem er Nationen ebenso wie Individuen einander nützlich werden läßt ... Die Erfindung des Handels ... ist der größte Schritt zu einer allgemeinen Zivilisation, der noch mit Mitteln gemacht wurde, die nicht unmittelbar aus moralischen Prinzipien fließen."

Antithese zu dieser vorindustriellen Zivilisationsthese ist die These von der zerstörerischen Wirkung des Marktes. So, wie die Zivilisierungsthese schon vor Smith formuliert wurde, so wurde die These von der Zersetzung menschlicher Gemeinschaften durch Eigeninteresse und Marktbeziehungen schon vor Marx von konservativen Kritikern der Industrialisierung entwickelt. Die Argumentation läuft darauf hinaus, der Schwächung oder Auflösung traditioneller lokaler und primärer Beziehungen durch den Markt ein größeres Gewicht einzuräumen als der Chance, mit Menschen, die man nicht kennt, über größere Entfernungen zum beiderseitigen Vorteil zu kooperieren. Die schärfste Kritik an bürgerlicher Marktvergesellschaftung findet sich natürlich im Kommunistischen Manifest, in dem es unter anderem heißt: "Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘ ... Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt... Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen."

Doux-Commerce-These und Kommunistisches Manifest können als Extremwertungen eines semantischen Raums betrachtet werden, in dem sich die unaufhörlichen Debatten über die Bedeutung des (Welt-)Marktes bewegen. Vermittelnde oder ambivalente Konzeptionen der gesellschaftlichen Bedeutung von Markt und Handel findet man bei soziologischen Klassikern wie Durkheim oder Simmel. Wie Hirschman (1989, 206) zusammenfaßt, war Durkheim "zwischen der Vorstellung, daß interessenorientiertes Handeln eine Basis für soziale Integration schaffe, und der Kritik, daß die Marktgesellschaft den sozialen Zusammenhalt auflöse und zersetze, hin- und hergerissen. Er äußerte sich nie konkret darüber, wie seiner Meinung nach eine 'solidarische' Gesellschaft aus der Arbeitsteilung hervorgehen solle, und wich schließlich auf eine aktivistische

Perspektive aus, die sich nicht mehr auf solche Mechanismen der Integration verließ, sondern moralische Erziehung und politisches Handeln favorisierte." Ähnlich äußert sich Simmel (1968, 216f): "Man pflegt von der Konkurrenz ihre vergiftenden, zersprengenden, zerstörerischen Wirkungen hervorzuheben ... Daneben aber steht doch diese ungeheure vergesellschaftende Wirkung; sie zwingt den Bewerber, der einen Mitbewerber neben sich hat, ... dem Umworbenen entgegen- und näherzukommen, sich ihm zu verbinden, seine Schwächen und Stärken zu erkunden und sich ihnen anzupassen... Ihr (der Konkurrenz) gelingt unzählige Male, was sonst nur den Liebe gelingt: das Ausspähen der innersten Wünsche eines Anderen, bevor sie ihm noch selbst bewußt geworden sind. Die antagonistische Spannung gegen den Konkurrenten schärft bei dem Kaufmann die Feinfühligkeit für die Neigungen des Publikums bis hin zu einem fast hellseherischen Instinkt für die bevorstehenden Wandlungen seines Geschmacks, seiner Moden, seiner Interessen... Die moderne Konkurrenz, die man als Kampf Aller gegen Alle kennzeichnet, ist doch zugleich der Kampf Aller um Alle."

Die von soziologischer Seite geführte Diskussion über die Auswirkungen marktwirtschaftlicher Beziehungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist von den zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaftlern weitgehend verdrängt worden. Ihnen geht es weniger um das Spannungsverhältnis zwischen Markt und Gesellschaft, als um das zwischen Markt und Staat, wobei das vorherrschende Bewertungskriterium nicht der sozialer Zusammenhalt, sondern die materielle Wohlfahrt ist. Unter dem Aspekt der Wohlstandsvermehrung erscheinen primäre Vergemeinschaftungen und tradierte Verhaltensmuster überwiegend als Hemmnisse; ihre Auflösung erscheint geradezu als Voraussetzung für die Entfaltung freier Märkte. Dieser ökonomische Sichtweise entspricht Max Webers (1981, 239) Konzeption des modernen Kapitalismus, dessen Entfaltung die "Freiheit des Marktes von irrationalen Schranken des Verkehrs" impliziert; hierzu gehören grundsätzlich alle Vergemeinschaftungen auf traditioneller oder emotionaler Basis, aber auch staatliche Beschränkungen der Freizügigkeit und des Freihandels. Während für die Neoliberalen der Markt nicht frei genug sein kann und sich beim freien Spiel der Marktkräfte stets ein Gleichgewicht einpendelt, wird dies von ihren Kritikern bestritten. Sie verweisen darauf, daß freie Märkte sich nicht selbst aufrechterhalten können, sondern vielmehr zu ihrer eigenen Auflösung tendieren und davor nur durch staatliche Ordnungs- und Wettbewerbspolitik bewahrt werden können. Die herkömmliche Gleichgewichtstheorie verkenne die inhärente Instabilität der Märkte, insbesondere die der Finanzmärkte, die zu immer neuen, bedrohlicheren Krisen führe und nur durch wirkungsvollere internationale Regime kontrolliert werden könne (Soros, 1998).

Letztlich bezieht sich die Debatte auf die Kontrollhierarchie im Weltsystem. Wem gebührt der Vorrang: der demokratisch legitimierten Gesetzgebung des Staates (inklusive internationaler Regime) oder den "natürlichen" Gesetzen des freien Marktes? Wie läßt sich Wohlstand besser verwirklichen: auf der Basis individueller Entscheidungen, die im Marktmechanismus zum Ausdruck kommen, oder auf dem Wege kollektiver Entscheidungen, wie sie in der Politik zum Tragen kommen? Soll staatliche Politik durch Marktzwänge zivilisiert und rationalisiert werden oder sollen die zerstörerischen Potentiale chaotischer Märkte durch politische Instanzen mit demokratischer Legitimation gebändigt werden?

Welt als Gefüge von Herrschaftsgebilden

Vor der Durchsetzung des Nationalstaates (mit der Einheit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt) im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts stellt sich Europa (und darüber hinaus die ganze Welt) als ein diffuser Flickenteppich einander überlagernder Herrschaftsbereiche dar, "die sich nicht decken, sondern überschneiden; administrative, finanzielle, militärische, gerichtliche, kirchliche Kompetenzen sind nicht gebündelt, sondern ungleichmäßig verteilt" (Reinhard 1999, 42). Das gleiche Stück Land kann wirtschaftlich auf die eine und politisch auf die andere Seite gehören. "Moderne Staatsbildung lief deshalb, geographisch gesehen, entweder darauf hinaus, alle Grenzlinien zur Deckung zu bringen oder zumindest den unbestrittenen Vorrang der politischen durchzusetzen" (ibid., 42). Staatsbildung ist somit mit einer Bündelung von Kompetenzen und Kräften in einem konsolidierten Territorium verbunden. Sie setzt ein hohes Maß an Legitimation auf Seiten der Staatsgewalt und Loyalität auf Seiten der Bevölkerung voraus.

Europa hat nicht nur den Staat erfunden, sondern auch das internationale Staatensystem hervorgebracht. Nach Bull (1977) kann man von einem Staatensystem sprechen, "wenn zwei oder mehr Staaten hinreichenden Kontakt zueinander haben und hinreichenden Einfluß auf die Entscheidungen des jeweils anderen ausüben, um beide - wenigstens in einem gewissen Ausmaß - zu veranlassen, sich als Teile eines Ganzen zu verhalten" (zitiert nach Huntington 1996, 72f). Seine Logik ist von Jones (1991) als Motor für "das Wunder Europa" ; von Dehio (1996) als Pendeln zwischen Gleichgewicht und Hegemonie; von Schmitt (1993) als Dialektik zwischen Land und Meer und von Rosecrance (1987) als Wechsel zwischen Handelswelt und militärisch-politisch-territorialer Welt analysiert worden.

Man kann die These aufstellen, daß das internationale Staatensystem die Macht der involvierten Staaten gleichzeitig steigert und begrenzt. Auf den Aspekt der Steigerung staatlicher Macht weist Reinhard (1999, 24) mit seiner Beschreibung des "coercion-extraction-cycle" (nach Finer 1997) hin. "Zwischen den Ausgaben im Frieden und den Kriegskosten bestand (im Prozeß der modernen Staatsbildung [meine Hinzufügung]) von Anfang an ein groteskes Mißverhältnis. Deshalb mußten Kriege über Kredite finanziert werden, mit einer Symbiose von Staat und Kapital als Folge. Aber letztlich hing alles von der Steigerung des Steueraufkommens ab, die ursprünglich nur mit Zustimmung der Steuerzahler möglich war. Infolgedessen stärkten die finanziellen Bedürfnisse der Monarchen zeitweise oder dauernd ihre stärksten Rivalen, die Ständeversammlungen. Auf der anderen Seite brauchte der neue >>Steuerstaat<< einen wachsenden Extraktions- und Erzwingungsapparat. Dadurch wurde ein zirkulärer >>autonomer Prozeß<< ausgelöst, bei dem kontingente Ausgangskonstellationen zu Motiven und Handlungen führen, die eine ursprüngliche Konstellation reproduzieren und den Prozeß fast automatisch am Laufen erhalten. Ressourcenextraktion und Erzwingungsapparat schaukelten sich gegenseitig auf, bis das auf diese Weise eingeleitete Wachstum der Staatsgewalt irreversibel geworden war."

Die Beziehungen zwischen Staat und Kapital im internationalen Staatensystem können aber auch im Sinne einer Begrenzung staatlicher Macht interpretiert werden (Jones 1991, 121ff; Weede 1988). Jones zufolge haben geographische Faktoren, d.h. die Kleinflächigkeit und Heterogenität der europäischen Landschaften, die Ausdifferenzierung eines dezentralen und kompetitiven Staatensystems mit einer internationalen Arbeitsteilung und einem intensiven Austausch von Waren, Kapital und Ideen nachhaltig begünstigt. Um sich in diesem permanente Wettbewerb um ökonomische

und politische Vorteile behaupten zu können, waren die politischen Herrscher gezwungen, günstige Bedingungen für Innovationen und Investitionen zu schaffen. Es verbot sich, Kaufleute und Unternehmer allzu großen Beschränkungen zu unterwerfen; vielmehr kam es darauf an, ihnen Freiheits- und Eigentumsrechte zu garantieren, um sie im Land zu halten und ihrer Abwanderung vorzubeugen. Allzu großer politischer oder fiskalischer Druck hätte sie aus dem Land vertrieben, und andere Staaten hätten sie im Interesse der Landesentwicklung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitwillig aufgenommen. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Entwicklung in Asien, mit denen er den europäischen Sonderweg - "das Wunder Europa" - vergleicht, schreibt Jones (1991): "Einzig und allein Europa gelang die politisch bemerkenswerte Leistung, die Willkürherrschaft einzuschränken, somit Risiko und Unsicherheit zu vermindern, produktivere Investitionen anzuregen und ein Wachstum zu fördern."

Die Frage nach den Grenzen staatlicher Macht und Organisation muß auch im Zusammenhang mit der Ausdifferenzierung der Staatenwelt auf der einen und internationalen Integrationsprozessen auf der anderen Seite gesehen werden. Zum einen hat die Zahl der Staaten bzw. Länder stark zugenommen. Wie Geertz (1996, 33) bemerkt, gab es "im Jahre 1945 ... ungefähr fünfzig Länder, unter denen die restliche Welt in Form von Kolonien, Protektoraten und dergleichen aufgeteilt war. Heute dagegen gibt es fast 200 Länder, und es werden höchstwahrscheinlich eher mehr". Diese Vermehrung staatlicher und quasi-staatlicher Akteure infolge der Entkolonialisierung, des Zerfalls der Sowjetunion und vieler kleinerer Staaten bedeutet keine einfache Multiplizierung des westlichen Modells des Nationalstaates. In vielen Fällen haben sich die neuen Staaten unter dem Druck des Westens zwar formal und äußerlich an westlichen Strukturen angepaßt; bei genauerem Hinsehen folgen sie aber ganz anderen Ordnungsmodellen, oder sogar einer Unordnung als Ordnungsmodell, das den Gegebenheiten durchaus angepaßt erscheinen und tatsächlich funktionieren kann (Chabal/Daloz 1999). In vielen Ländern gibt es weder ein Gewaltmonopol des Staates, noch eine funktionierende Verwaltung. Oftmals kontrolliert die Zentralmacht nur noch Teile des Landes, muß sich die politische Herrschaft mit lokalen Herrschern oder parastaatlichen Zwischengewalten teilen, reibt sich in Konflikten mit der Peripherie auf (von Trotha 2000). In der postkolonialen Welt wie in den westlichen Industrieländern findet man deutliche Indizien für eine Schwächung staatlicher Macht, und es stellt sich die Frage, ob und inwieweit beide Entwicklungstendenzen auf den Prozeß der Globalisierung zurückzuführen sind.

Auf der anderen Seite ist im gleichen Zeitraum eine starke Zunahme internationaler Organisationen bzw. Regime zu beobachten, die sich nicht nur in die Beziehungen zwischen Staaten, sondern auch in interne Verhältnisse einmischen, wie z.B. WTO (Welthandelsregime), IWF (Weltwährungsregime) oder Weltbank (Weltentwicklungsregime). Mit der Konferenz von Bretton Woods (1944) haben die USA als Hegemonialmacht ein Gefüge internationaler Regime generiert, das sich immer weiter ausdifferenziert, zunehmend Kompetenzen von Nationalstaaten übernommen und zur Verselbständigung ihnen gegenüber tendiert. Mehr oder weniger dem europäischen Integrationsprozeß folgend, sind überall in der Welt internationale Strukturen unterschiedlicher Reichweite und unterschiedlichen Integrationsgrades entstanden: von preferential trade agreements über Freihandelszonen, Zollunionen, gemeinsamen Märkten und Währungsunionen bis hin zu politischen Unionen (vgl. Altvater/Mahnkopf 1997, 411; Stiftung Entwicklung und Frieden 1999, 179).

Die rapide Zunahme internationaler Organisationen und Regime, die mit ihren spezifischen Funktionen und Kompetenzen immer mehr Staaten durchdringen und überlagern, erinnert an die Zustände vor der Durchsetzung des Nationalstaates, als sich die verschiedenen Herrschaftsinstanzen nicht deckten, sondern überschneiden, als politische, rechtliche und ökonomische Kompetenzen "nicht gebündelt, sondern ungleichmäßig verteilt" waren und miteinander konkurrierten. Somit treffen in der modernen chaotischen Staatenwelt Fragmentarisierungstendenzen auf Integrationsbemühungen, erscheint die Austarierung zwischen separatistischen oder nationalistischen Bewegungen auf der einen Seite und integrationistischen oder kosmopolitischen Bestrebungen auf der anderen Seite größte Probleme aufzuwerfen, ohne das so etwas wie eine "neue Weltordnung" in Sicht wäre.

Welt als Konglomerat von Kulturen

Die Betrachtung der Welt als Konglomerat von Kulturen hat seit Huntingtons These vom "Kampf der Kulturen" (1996) spektakuläre Aufmerksamkeit gefunden. Dieses Weltbild ist nicht integrativ wie das von der Welt als Markt oder hierarchisch wie das der Welt als Staatensystem, sondern disjunktiv. Man kann Weltkulturen - außer in polemischer Absicht - nicht in eine Rangfolge bringen, und es ist höchst umstritten, ob so etwas wie eine integrierte Weltkultur, die die alten Weltkulturen wie Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus und Konfuzianismus überformt, überhaupt möglich ist.

Im Hinblick auf die globale Bedeutung von Kultur lassen sich zwei Positionen unterscheiden: die eine beobachtet die Entwicklung einer universellen Zivilisation, die andere sieht eine "Welt in Stücken" (Geertz 1996), d.h. ein Konglomerat gegensätzlicher oder überschneidender Kulturen. Aus der ersten, im Denken der Aufklärung verankerten Position, erscheint kulturelle Vielfalt als vorübergehende Entwicklungsstufe auf dem Weg zu einer universalen Zivilisation, einer auf Vernunft gegründeten Weltgemeinschaft (Gray 2001, 8; Porter 1991, 67ff). Vertreter der zweiten Position sehen das Aufkommen einer Weltzivilisation im Zusammenhang mit der Ausweitung und Intensivierung des Welthandels, insbesondere mit einer Ausbreitung westlicher Konsummuster und westlicher Populärkultur. So spricht Ohmae (1985, 9) von "Triadern" oder "OECD-Bürgern" im Sinne einer homogenen Masse von Bürgern aus verschiedenen Ländern der entwickelten Welt, "deren Ausbildung, Einkommenssituation, Lebensstil, Freizeitverhalten, Ziele und Wünsche sehr ähnlich sind ... und (die) mit ihrem fast identischen Nachfrageverhalten praktisch als eine homogene Gruppe gelten." Insbesondere die jüngeren Menschen bewegen sich demzufolge in einer international einheitlichen Jugendkultur, wobei die internationalen Unterschiede zwischen Gleichaltrigen geringer sind als die zwischen den Generationen innerhalb der gleichen Gesellschaft.

Barber (1996, 22) polemisiert gegen "McWorld" als "Produkt einer vom expansionistischen Kommerz hervorgetriebene Massenkultur. Die Schablone ist amerikanisch. Die Waren sind sowohl Gegenstände wie Ikonen, ebenso ästhetische Kennmarken wie Markenerzeugnisse. Es geht um Kultur als Ware, um Accessoires als ideologische Versatzstücke." Promotoren dieser parallelen Expansion von Markt und Massenkultur, von Lebensbedarf und Lebensstil sind multinationale Konzerne, die mit ihrer exzessiven Werbung, in der Kultur für ökonomische Zwecke instrumentalisiert wird, eine Welt nach eigenen Vorstellungen kreieren und dadurch die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit definieren. (3) Huntington (1996, 79) bemerkt dazu: "Die jetzige These, daß die Verbreitung von Pop-Kultur und Konsumgütern

über die ganze Welt den Triumph der westlichen Zivilisation darstelle, trivialisiert die westliche Kultur. Die Quintessenz der westlichen Zivilisation ist die Magna Charta, nicht Big Mac. Die Tatsache, daß Nichtwestler in diesen beißen, sagt nichts darüber aus, ob sie jene akzeptieren."

Vorstellungen einer universalistisch- kommerzialisierten Allerweltskultur stehen Geertz' (1996) These von einer "Welt in Stücken" und Huntingtons (1996) These vom "Kampf der Kulturen" entgegen. Beide gehen aus vom Auseinanderbrechen der Welt kompakter Blöcke und rivalisierender Mächte, die sich im Kalten Krieg herausgebildet hatte, und beide fragen, was an ihre Stelle treten wird. Die Antworten könnten unterschiedlicher kaum sein. Der Politologe Huntington (1996) sieht eine Welt voller Konflikte heraufziehen, deren zentrale und gefährlichste Dimension der Konflikt zwischen Gruppen aus unterschiedlichen Zivilisationen ist. Er wird an den Bruchlinien zwischen den großen Kulturen aufbrechen, überwiegend "an der durch Eurasien und Afrika verlaufenden Grenze zwischen muslimischer und nichtmuslimischer Welt ... Während auf der Makroebene der Weltpolitik der zentrale Kampf der Kulturen derjenige zwischen dem Westen und dem Rest ist, ist es auf der Mikroebene der lokalen Politik der Kampf zwischen dem Islam und anderen" (*ibid.*, 416).

Der Ethnologe Geertz (1996, 21f) wehrt sich gegen "Großideen", die Heterogenität zudecken und Vielheit ignorieren. Er mißtraut Huntingtons Versuch, "noch großartigere und dramatischere Geschichten zu erzählen, über das Aufeinanderprallen einander fremder Gesellschaften, über gegensätzliche Moralvorstellungen und unvereinbare Weltbilder." Wo Huntington klare Strukturen, um Kernstaaten gruppierte Zivilisationen mit eindeutigen Grenzen erkennt, sieht Geertz (*ibid.*, 23f) nur ein kulturelles Patchwork aus zahllosen Mikrokulturen, mit Verflechtungen verschiedenster Art, eine "tiefe Vielfalt". (4) Kulturkreise, Länder, selbst Städte lassen sich kaum als geistige Einheiten begreifen, die sich gegen andere derartige Einheiten abgrenzen lassen. "Wir sollten sie stattdessen als Konglomerate tiefer und grundsätzlicher Differenzen auffassen, die sich jeglicher Zusammenfassung widersetzen" (*ibid.*, 23). "Nahezu vergeblich suchen wir nach Ansätzen, die die Ordnung der Differenzen auseinanderlegen und befragen ..." (*ibid.*, 75). "Zunächst müssen wir Differenz ausdrücklich und offen anerkennen, statt sie mit Gemeinplätzen über ‚konfuzianistische Ethik‘, ‚westliche Tradition‘, ‚südländisches Temperament‘ oder ‚moslemische Mentalität‘, mit windigen Moralpredigten über universelle Werte oder mit trüben Banalitäten über ein tieferliegendes Einssein zu verdunkeln. Zweitens darf Differenz nicht als Negation von Ähnlichkeit, als ihr Gegensatz, als ihr konträrer oder kontradiktischer Widerspruch verstanden werden. Sie sollte als etwas gesehen werden, das all dies enthält, situiert, konkretisiert und ihm Form gibt. Nachdem die Blöcke und mit ihm die Hegemonien verschwunden sind, finden wir uns in einer Ära der verstreuten und in sich differenzierten Verflechtungen wieder. Was immer an Einheit und Identität entsteht, wird aus der Differenz heraus verhandelt und hervorgebracht werden müssen" (*ibid.*, 28f). Während Autoren wie Barber und Ohmae Tendenzen kultureller Uniformierung ausmachen, wird Geertz zufolge die Vielfalt der Kulturen bestehen bleiben, ja zunehmen. "Sie trotz den mächtigen vernetzenden Kräften der modernen industriellen Produktion, des Geldes, der Mobilität und des Handels. Je mehr die Dinge zusammenrücken, desto mehr bleiben sie getrennt. Die eine Welt liegt so weit entfernt wie die klassenlose Gesellschaft" (*ibid.*, 71). - Man kann also (mindestens) drei allgemeine Konzeptionen der Welt als kulturelles Gebilde unterscheiden: Universalismus (universalisierte Wirtschaftszivilisation), Antagonismus (Konfrontation antagonistischer Kulturblöcke) und Partikularismus (Vielfalt einander überkreuzender Mikrokulturen).

Alle drei Dimensionen der Globalisierung sind nicht wirklich global in dem Sinne, daß sie die ganze Welt umfassen. Beispielsweise muß eine Weltwirtschaft so wie Braudel (1986, 18) sie definiert, nicht den gesamten Erdkreis oder die Menschheit umfassen, sondern "lediglich einen Ausschnitt, einen wirtschaftlich autonomen Sektor unseres Planeten, der sich im wesentlichen selbst versorgen kann und aufgrund seiner Verbindungen und seines internen Austauschs eine gewisse organische Einheitlichkeit aufweist." In ähnlicher Weise umfaßt eine Weltkultur nur einen sehr begrenzten Teil der Menschheit. Den größten Anteil an der Weltbevölkerung hat Huntington (1996, 124) zufolge der sinische (chinesische) Kulturkreis mit ca. 24%, in weitem Abstand gefolgt von dem hinduistischen mit ca. 16,4%, dem islamischen mit ca. 15,9 % und dem westlichen mit ca. 13,1%. Flächenmäßig ist der westliche Kulturkreis mit einem Anteil am Weltterritorium von ca. 24,2% am größten, gefolgt von dem islamischen mit 21,1%. Bezogen auf das Weltbruttosozialprodukt rangiert der vergleichsweise bevölkerungsschwache Westen mit 48,9% weit an der Spitze, gefolgt von dem islamischen mit 11,0 % knapp vor dem sinischen Kulturkreis mit 10%. Das europäische Staatensystem beherrschte einschließlich seiner früheren Kolonien zu Beginn des 19. Jahrhunderts 55% der Erdoberfläche. Fieldhaus (1965, 138) zufolge waren es 1878 67% und 1914 84,4%. "Die koloniale Eroberungspolitik wurde bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fortgesetzt, so daß im Jahre 1939, von einigen unbedeutenden Gebieten abgesehen, nur die Türkei, Teile Arabiens, Persien, China, Tibet, die Mongolei und Siam niemals von Europäern beherrscht worden waren."

Abbildung 2: Konzeptionen der Welt

	Welt als Markt	Welt als Gefüge von Nationalstaaten	Welt als Konglomerat von Kulturen
<i>Definition</i>	Welt als dezentrales System von Tauschbeziehungen	Welt als hierarchisches System politischer Herrschaftsgebilde	Welt als disjunktives System von Wertordnungen
<i>gesellschaftliche Konfliktlinien</i>	Zivilisierung politischer Macht durch Marktvergesellschaftung versus Zersetzung von Gemeinschaften durch Konkurrenzkampf	nationale Souveränität internationale in fragmentierter Staatenwelt versus Integration durch internationale Regime	universalisierte Weltzivilisation versus Konfrontation antagonistischer Kulturkreise versus Partikularismus überkreuzender Mikroulturen

3. Der Prozeß der Umstellung der Bezugssysteme

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß die - in sich vieldeutigen - Bezugssysteme "Staat" und "Welt" einander nicht grundsätzlich ausschließen, sondern überschneiden, daß sie gleichzeitig und in unterschiedlichen Kombinationen in bestimmten Gruppen oder Schichten der Bevölkerungen vorkommen können. Träger dieser Bezugssysteme und Agenten ihrer Umstellung können individuelle und korporative Akteure sein: Personen, soziale Gruppen oder nationale Regierungen. Die Umstellung der Bezugssysteme kann als welthistorischen Prozeß, als Strategie von Nationalstaaten im internationalen System oder als Handeln individueller

Personen bzw. Kategorien von Personen untersucht werden (und dabei läßt sich wieder an die Begriffe "Territorialität", "Bevölkerung" und "Gewalt" anknüpfen).

3.1 Umstellung als welthistorischer Prozeß

Als welthistorischer terminus a quo der Umstellung der Bezugssysteme des Denken und Handelns großer Bevölkerungsgruppen eignet sich Schmitts (1993, 55ff) Begriff der Raumrevolution: "Der Mensch hat von seinem ‚Raum‘ ein bestimmtes Bewußtsein, das großen geschichtlichen Wandlungen unterworfen ist. Den mannigfachen Lebensformen entsprechen ebenso verschiedene Räume. Selbst innerhalb der gleichen Zeit ist für die Praxis des täglichen Lebens die Umwelt der einzelnen Menschen schon durch ihren verschiedenen Lebensberuf verschieden bestimmt." Man kann zwischen den Raumvorstellungen verschiedener Menschen- oder Berufsgruppen unterscheiden: den Raumvorstellungen von Wissenschaftlern und Philosophen, von Kaufleuten und Unternehmern sowie von politischen Machthabern; man kann zwischen den Raumvorstellungen von Eliten und denen der breiten Bevölkerung unterscheiden. "Noch tiefer und größer sind die Verschiedenheiten der Raumvorstellungen, wenn es sich um verschiedene Völker im ganzen und um verschiedene Zeitalter der Menschengeschichte handelt." Die "erste eigentliche Raumrevolution im vollen, Erde und Welt umfassenden Sinne des Wortes", fällt Schmitt (1993, 64) zufolge "in das 16. und 17. Jahrhundert, in das Zeitalter der Entdeckung Amerikas und der ersten Umsegelung der Erde. Jetzt entsteht eine im kühnsten Sinne des Wortes neue Welt, und das Gesamtbewußtsein erst der west- und mitteleuropäischen Völker, dann schließlich der ganzen Menschheit, wird von Grund auf verändert."

Die Raumrevolution läßt sich als eine Interaktion zwischen mentalen und strukturellen Faktoren verstehen, wobei kaum zu entscheiden ist, von welcher Seite der erste Impuls ausging: von einem neuen Bewußtsein, das Entdeckungsreisen, Landnahmen und Kolonialisierungen stimuliert hat, oder von mehr oder weniger zufälligen Entdeckungsreisen, die zu neuen Weltbildern geführt oder bestimmten Weltbildern zum Durchbruch verholfen haben. Parry (1963, 11) zufolge waren es weniger neue Weltbilder oder wissenschaftliche Ideen als vielmehr wirtschaftliche Interessen, die die großen Entdeckungsreisen auslösten. "Auch die großen Entdecker des 15. und 16. Jahrhunderts waren nicht in erster Linie an Entdeckungen interessiert. Das Hauptinteresse, die Hauptaufgabe, die die Herrscher oder Geldgeber ihnen gestellt hatten, bestand darin, Verbindungen zwischen europäischen Ländern und anderen Gebieten von bekannter oder vermuteter wirtschaftlicher Bedeutung zu schaffen" (*ibid.*). "Inwieweit die Entdecker und ihre Mäzene unmittelbar und bewußt von wissenschaftlicher Neugier getrieben wurden, ist auf Grund der spärlich überlieferten Angaben unmöglich zu sagen" (*ibid.*, 64); hingegen ist es offenkundig, daß neben ökonomischen Motiven "religiöser Eifer" von großer Bedeutung war.

Wichtiger als die Ursachen sind für unseren Argumentationszusammenhang die Folgen der Raumrevolution; sie lassen sich in wirtschaftliche, politische und kulturelle Konsequenzen unterteilen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen können mit Jones (1991, 80ff) als Vergrößerung der "fiktiven Nutzflächen" infolge der überseeischen Expansion Europas verstanden werden, d.h. als Vergrößerung der Rohstoffbasis und der potentiellen Märkte, die für Europa "einen sehr erheblichen Entwicklungsschub" bedeuteten. Politisch gesehen geht mit der Raumrevolution eine gewaltige Steigerung der internationalen Macht- und Verteilungskämpfe einher, bei

der sich die europäischen Nationen in ihrer Vorherrschaft ablösen und jeweils unterschiedliche Formen des Kolonialismus und Imperialismus entwickeln (vgl. Braudel 1986; Arrighi 1994; Kindleberger 1996; Osterhammel 1995). Zu den kulturellen Konsequenzen der europäischen Expansion gehört zunächst der "Weltkampf zwischen Katholizismus und Protestantismus" (Schmitt), dann die verschiedenen religiösen und säkularen Missionsbewegungen, denen nicht nur die Verbreitung westlicher Ideen, sondern auch der "Export" westlicher Institutionen, wie z.B. des Nationalstaates, zuzurechnen ist, sowie all das was unter "Verwestlichung" subsumiert wird (von Laue 1987). (5)

Die erste Raumrevolution kann als Auftakt der Globalisierung betrachtet werden. Ihr folgen weitere Revolutionen, die den Globalisierungsprozeß diskontinuierlich weiter vorantreiben und beschleunigen. Schmitt (1993, 103ff) spricht von einer "zweiten Raumrevolution" im Zeichen der Technik, die seit der industriellen Revolution alle weiteren Raumvorstellungen prägt und nach dem Land und dem Meer als dritte Dimension den Luftraum erobert. Sie leitet eine drastische Senkung der Raumüberwindungskosten ein, die die Globalisierung befördern (Siebert 1997, 11f). Als dritte Raumrevolution könnte man die Umwälzungen durch die Telekommunikation bezeichnen, die mehr als alle vorherigen auch eine Zeitrevolution und eine Kommunikationsrevolution ist, da Menschen aus beliebiger Entfernung in Echtzeit miteinander kommunizieren und unmittelbar verbal aufeinander reagieren können. Dieser technische Fortschritt erleichtert die reflexive Kommunikation über Bezugssysteme des Denken und Handelns im weltweiten Maßstab (Castells 2001).

Insgesamt gesehen bezeichnet der Begriff der Raumrevolution drei Aspekte sozialer Bezugssysteme: Expansion, Differenzierung und Integration.

- Zunächst die Erweiterung des Horizonts, wobei neue Objekte und Subjekte die Bezugssysteme von immer mehr Menschen "bevölkern".
- Dann eine Differenzierung der Weltsicht, bei der eine neue Vielfalt erkennbar und zum Problem wird. Es stellt sich das Problem der Einordnung und Vereinfachung, der Reduktion von Komplexität im Interesse der Handlungsfähigkeit. Es stellt sich die Frage, inwieweit Differenz als Ungleichheit (Rangordnung) oder als Verschiedenartigkeit (Heterogenität) bewertet wird, und welche Konsequenzen dies für das eigene Verhalten hat (Blau 1977).
- Drittens erweitern sich die sozialen Verkehrskreise, und indem sie einander überkreuzen, tragen sie zu sozialer Integration bei (Simmel 1968, 305ff).

3.2 Umstellungen der Staaten

Ein Stockwerk tiefer, auf der Ebene von Staaten, kann man die Umstellung der Bezugssysteme mit Rosecrance (1987) in Begriffen von "militärisch-politisch-territorialer Welt" und "Handelswelt" analysieren. (6) Sie bilden die Extreme eines Spektrums von Mitteln, das Staaten zur Durchsetzung ihrer nationaler Ziele verwenden. "Vor der Wahl, territoriale oder kommerzielle Wege zum nationalen Fortschritt zu beschreiten, standen Staaten zu allen Zeiten. Meistens haben sie einen Punkt zwischen den Extremen, aber stärker auf der territorialen Seite gewählt. In der frühen Neuzeit, im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, lag dieser Punkt direkt neben dem territorialen und militärischen Pol; in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wanderte er für kurze Zeit in die Nähe des kommerziellen Pols. Während der beiden Weltkriege kehrt man zur militärisch-territorialen Orientierung zurück. Erst nach 1945 tauchte in der Weltpolitik eine Gruppe

handeltreibender Nationen auf. Im Laufe der Zeit ist diese Gruppe gewachsen, wobei ihre Erfolge, zumindest ökonomisch gesehen, größer waren als die der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" (*Rosecrance 1987, 34*). Staaten, die versucht haben, die politisch-militärischen und die kommerziellen Chancen gleichzeitig zu maximieren, sind Rosecrance zufolge historisch immer gescheitert, weil die militärisch-politischen und die Handelssysteme unterschiedliche Anforderungen stellen. Hingegen haben Staaten häufig Elemente aus beiden Systemen erfolgreich kombiniert. Dabei haben einige Staaten militärischer Gewaltanwendung den Vorzug gegeben und nur am Rande Handel getrieben, andere haben vom Handel gelebt und nur im äußersten Notfall militärische Mittel benutzt. Auch haben Staaten im Verlauf ihrer Geschichte häufig ihre Strategien gewechselt. Die eklatantesten Beispiele sind Deutschland und Japan, die in der Zwischenkriegszeit radikal auf militärisch-politische Mittel gesetzt haben, damit katastrophal gescheitert sind und nach dem Zweiten Weltkrieg zu Prototypen des "neuen Handelsstaates" wurden.

Erklärungen für die Wahl oder den Wechsel nationaler Strategien können vor allem in Nutzen-Kosten-Kalkulationen, in denen Nutzen und Kosten von militärischer Konkurrenz und territorialer Ausdehnung mit denen des Handels und der internationalen Zusammenarbeit verglichen werden; aber auch im Lernen aus der Geschichte oder im Wechsel der Führungsgruppen, in der "Zirkulation der Eliten" (Pareto). Rosecrance (*1987, 43*) vertritt die Hypothese: "je größer die Beschränkungen des Handels und je geringer die daraus zu erwartenden Vorteile, desto eher waren die Nationen gewillt, ihre Lage durch militärische Gewalt zu verbessern. Je höher die Kosten des Krieges und je ungewisser seine Vorteile, desto eher haben sie versucht, vom Handel zu leben".

Daß Handel den Wohlstand fördert, ist evident. Empirische Zeitreihen belegen einen Zusammenhang zwischen der Offenheit von Volkswirtschaften (gemessen an der Exportquote) und dem Wohlstand ihrer Bevölkerungen (gemessen am realen Pro-Kopf-Einkommen). In den frühindustrialisierten Ländern ist ab 1820 eine stärkere Öffnung der Volkswirtschaften mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verbunden. Als sich die Volkswirtschaften seit dem Ersten Weltkrieg gegeneinander abschließen, kommt es zur Stagnation. Nach dem Zweiten Weltkrieg steigt das Einkommen mit der zunehmenden wechselseitige Öffnung der Volkswirtschaften stärker an als je zuvor (*Siebert 1997, 91f*).

Inwieweit der Handel den Frieden fördert, ist umstritten. Huntington (*1996, 94*) zufolge "stützt die Geschichte ... nicht die liberal-internationalistische Annahme, daß Handel den Frieden fördert. Eine Studie kommt zu dem Schluß: 'Handel auf steigendem Niveau kann ein stark polarisierendes Faktor in der internationalen Politik sein'; 'zunehmender Handel im internationalen System als solcher dürfte weder internationale Spannungen mildern, noch eine größere internationale Stabilität fördern.' Eine andere Studie vertritt die These, daß wirtschaftliche Interdependenz auf hohem Niveau 'den Frieden oder den Krieg befördern kann, je nachdem, welche Zukunftserwartungen an den Handel gerichtet werden'. Wirtschaftliche Interdependenz dient dem Frieden nur dann, 'wenn Staaten erwarten, daß Handel auf hohem Niveau in absehbarer Zukunft fort dauert (oder im Falle einer gegenwärtigen Unterbrechung wiederaufgenommen wird).' Wenn Staaten nicht ein hohes Maß an Interdependenz erwarten, ist Krieg die wahrscheinliche Folge."

Obwohl also internationaler Handel den Wohlstand nachweislich fördert und Krieg mit hohen Risiken verbunden ist, ist die Kriegsgefahr latent immer vorhanden. Offensichtlich sind die vorherrschenden Orientierungen nicht besonders stabil und können relativ schnell umschlagen oder sich in ein

variables Mix von kommerziellen und militärisch-politischen Strategien verwandeln. Die europäische Geschichte zeigt, daß "Handelsstaaten" wie Venedig, die Niederlande oder Großbritannien immer auch militärisch-territoriale Strategien verfolgt haben. Jeder der genannten Handelsstaaten war zugleich Zentrum eines Imperiums, das in erheblichem Maße mit militärischen Mitteln geschaffen und gesichert wurde. Dies trifft auch auf die USA zu, deren Pax Americana immer militant war.

3.3 Umstellungen der Bürger

Auf der untersten Ebene und mit dem höchsten Grad an Konkretion kann man die Umstellung der Bezugssysteme des Denken und Handelns auf der Ebene natürlicher Personen bzw. Kategorien von Personen untersuchen. In Anlehnung an Merton (1968, 447) kann man zwischen "cosmopolitans" und "locals" unterscheiden. Hauptunterscheidungskriterium ist die Orientierung gegenüber ihrem Stammland. Locals bewegen sich gedanklich und faktisch innerhalb ihrer angestammten Region. Der Welt jenseits ihres Stammlandes widmen sie wenig Aufmerksamkeit oder Energie. Ihre Interessen reichen nicht weiter als die Grenzen des Nationalstaates. Cosmopolitans unterhalten natürlich auch Beziehungen innerhalb ihres Nationalstates, orientieren sich aber im wesentlichen an der Welt außerhalb ihres Stammlandes und betrachten sich als integralen Teil dieser Welt. Die ganze Welt ist Bezugssystem und Arena ihres Interessehandelns. "If the local type is parochial, the cosmopolitan is ecumenical."

Man kann das Begriffspaar "cosmopolitan" und "local" mit zwei anderen Begriffen in Beziehung setzten, nämlich mit den Begriffen "Arbeitnehmer (gesellschaft)" und "Weltklasse". Im überlieferten Sozialstaat erscheint der Arbeitnehmer als Leitfigur inmitten eines Gefüges spezifischer Institutionen, Wertvorstellungen und Loyalitäten: einem Bildungs- und Ausbildungssystem mit einem breiten Spektrum marktgängiger Berufsabschlüsse; aufnahmefähigen Betrieben mit dauerhaften und gut bezahlten Arbeitsplätzen; einem, ausgebauten System industrieller Beziehungen, in dem Arbeitnehmer als zivile Vertragspartner der Arbeitgeber erscheinen; einem staatlich garantierten System von Versicherungen gegen die Risiken der kapitalistischen Weltwirtschaft mit daraus abgeleiteten Interventionen des Staates in den Wirtschaftsprozeß. Die Mentalität des verbürgerlichten, eher pragmatisch als ideologisch denkenden, mehr an Konsens und Kompromiß denn an Klassenkampf orientierten Arbeitnehmers ist lokal und national geprägt. Er fühlt sich vor allem seinem Betrieb mitsamt seinen legitimen Leistungsansprüchen und Gratifikationen und dem Staat als Garanten sozialer Wohlfahrt und politischer Partizipation verpflichtet.

"Verlief die Klassengrenze in der industriellen Wirtschaft zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Managern und Arbeitern, so könnte man die Trennlinie in der entstehenden Informationswirtschaft durchaus zwischen >>Kosmopoliten<< und >>Lokalen<< ziehen. Die Kosmopoliten sind die ausgewiesenen Mitglieder der Weltklasse" (Moss Kanter 2000, 22). Obwohl hoch bezahlt und teilweise reich, zeichnet sich die Weltklasse nicht so sehr durch Besitz von Geldkapital aus, als vielmehr durch Verfügung über kulturelles und soziales Kapital. Sie ist reich an immateriellen Schätzen, drei Cs, wie Moss Kanter sie griffig nennt, die ihr "in der globalen Wirtschaft Vorherrschaft und Macht sichern: Concepts - herausragende Kenntnisse und die neuesten Ideen; Competence - die Fähigkeit, überall den höchsten Leistungsstandards zu genügen; und Connections - die besten Beziehungen, die dem Kosmopoliten rund um den Erdball Zugang zu den Ressourcen anderer Menschen und Organisationen geben" (ibid.).

Kosmopoliten orientieren sich am Weltmarkt, an multinationalen Unternehmen oder internationalen Organisationen. Sie residieren vorzugsweise in "global cities" (*Sassen 1996, 44, 49*), jenen "entscheidende (n) Knotenpunkte(n), an denen die internationalen Wirtschaftsaktivitäten von Unternehmen, Märkten und sogar von ganzen Volkswirtschaften, die (...) zunehmend transnational strukturiert sind", koordiniert und "die dazu erforderlichen Dienstleistungen erbracht werden."

Während Moss Kanter in zahlreichen Fallstudien kosmopolitische Orientierungen in unterschiedlichen Zusammenhängen aufspürt, kommt Hartmann (*1999*) in einem international vergleichenden Survey der Rekrutierungsmuster und Karrierewege von Topmanagern in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA zu dem ernüchternden Ergebnis, daß von einer "transnationalen Bourgeoisie" bisher noch nicht viel zu sehen ist. "Selbst auf europäischer Ebene, also unter Ausschluß der US-Manager bleiben die nationalen Aufstiegswege absolut dominant. Die Anzahl von Ausländern in der Spitze von Großunternehmen liegt überall auf einem sehr niedrigen Niveau, die Auslandserfahrungen der jeweils einheimischen Topmanager halten sich in engen Grenzen... Für Spitzenkarrieren in der britischen, französischen und (mit Abstrichen) auch der US-amerikanischen Wirtschaft sind die Titel der jeweils nationalen Elitebildungsinstitutionen ausschlaggebend..." (*ibid., 131f*). Während die lokal oder national verankerte Arbeitnehmergesellschaft erodiert, läßt der Durchbruch der Kosmopoliten auf sich warten.

4. Diskussion

Wenn man sich in der Welt zurechtfinden will, wenn man sinnvoll und effizient in ihr handeln will, benötigt man eine Art vereinfachter Landkarte der Realität, mit deren Hilfe man seine Position bestimmen und seine Handlungschancen erkennen kann. Solche kognitiven Karten können höchst unterschiedlich gezeichnet werden und unterschiedlich große Ausschnitte des Globus umfassen. Der vieldeutige Begriff der Globalisierung meint unter anderem auch, daß immer mehr Menschen immer stärker die gesamte Welt als den relevanten, ihre Lebenschancen beeinflussenden Rahmen erkennen und sich entsprechend orientieren. Dabei sehen manche Akteure mehr die Chancen und handeln entsprechend offensiv, andere sehen eher die Risiken, vor denen es sich zu schützen gilt. Während diese Gruppe von Akteuren dazu tendiert, den Staat als Versicherungsanstalt gegen die Risiken der Globalisierung in Anspruch zu nehmen, beklagt jene die vom Staat ausgehenden Verhaltensrestriktionen, die ihre Handlungsspielräume begrenzen.

In historischer Perspektive kann der Prozeß der Globalisierung als Raumrevolution auf zwei Ebenen untersucht werden: der kognitiven Ebene, auf der es um die Erweiterung des Horizonts und die Veränderung des Bewußtseins geht, und der konativen Ebene praktischer Erschließung und Integration neuer Territorien als "Nutzflächen" (Ressourcenzfelder, Absatzgebiete, Migrationsräume, usw.). Die Beziehungen zwischen diesen beiden Hauptdimensionen der Raumrevolution (bzw. Globalisierung) sind umstritten. Ob Bewußtseins- und Weltbildveränderungen Voraussetzungen oder Folgen praktischen Handelns und konkreter Erfahrungen in der Welt sind, muß im Einzelfall geklärt werden. Zu den bedeutendsten Auswirkungen der letzten Raumrevolution zählt die "Schrumpfung" des Globus infolge neuer "space-shrinking technologies" (*Dicken 1998, 151ff*), die die Raumüberwindungskosten und -zeiten erheblich reduziert haben. Ob die verbesserte technische Erreichbarkeit zur Reduzierung sozialer

Distanzen geführt hat, ist mehr als fraglich. Die technischen und kommerziellen Innovationen haben zwar die internationale Mobilität und Vernetzung von Menschen, Waren, Kapital und Unternehmen immens gesteigert, gleichzeitig aber auch die ungleiche Wirtschaftsentwicklung forciert und die kulturellen Unterschiede stärker ins Bewußtsein gehoben. Zu beobachten ist eine Gleichzeitigkeit von zunehmender wirtschaftlicher Integration und zunehmender politischer und kultureller Fragmentierung, wobei die wirtschaftliche Integration überwiegend auf die OECD-Länder begrenzt ist, während die politische und kulturelle Fragmentierung ein wirklich globales Phänomen ist.

Einen anderen, gebräuchlicheren Zugang zur Globalisierungsproblematik, liefert die Konstruktion einer Antinomie zwischen Nationalstaat und Welt. Sie ist aber insofern problematisch, als sich "Staat" und "Welt" kaum als trennscharfe, einander ausschließende Einheiten konstruieren lassen, sondern eher als sich wechselseitig konstituierende und interdependente Phänomene begriffen werden müssen, die in unterschiedlichen Definitionen, Kombinationen und Gewichtungen in die Bezugssysteme der Akteure eingehen. Staaten haben immer auch einen Weltbezug: Sie beanspruchen einen Teil der Erdoberfläche als exklusives Staatsgebiet, integrieren einen Teil der Weltbevölkerung als Staatsvolk und beanspruchen in diesem Rahmen das Monopol der legitimen Gewalt nach innen und nach außen. Nicht wenige Staaten haben sich als Weltreiche mit weitreichenden Herrschafts-, Ordnungs- oder Friedenssicherungsansprüchen verstanden (Pax Romana, Pax Britannica, Pax Americana), als Zentrum der Welt (China als Reich der Mitte) oder als gleichberechtigte Partner in internationalen Staatensystemen, wobei im Falle Europas die Idee des Staatensystems Jahrhunderte lang mit der Idee des Zentrums kombiniert wurde (Eurozentrismus). Umgekehrt ist der inhaltsleere Begriff der Welt überwiegend mit Vorstellungen aus der Staats-Terminologie "gefüllt" worden. Die Konzeption von Welt als Gefüge von Nationalstaaten resultiert letztlich aus der weltweiten Verbreitung der spezifisch europäischen Idee des souveränen Nationalstaates. Die Herausbildung eines Weltmarktes ist vor allem als Ergebnis der Integration nationaler Märkte zu verstehen, und beide, nationale Märkte wie Weltmärkte, sind ohne staatliche Initiativen nicht denkbar. Nationale Märkte sind im Kontext der Staaten- oder Nationenbildung entstanden, und Weltmärkte hätten sich ohne die von Nationalstaaten betriebene Liberalisierung des Handels nicht in der Geschwindigkeit und in dem Ausmaß entwickeln können, wie dies seit Mitte der 1970er Jahre zu beobachten ist. Weltkulturen umfassen in den weitaus meisten Fällen zwar mehrere Staaten und haben sich lange vor den Prozessen neuzeitlicher Nationalstaatsbildung entfaltet, werden Huntington (*1996, 246ff*) zufolge aber von sogenannten "Kernstaaten" repräsentiert und protegirt - und nicht selten auch instrumentalisiert.

Die vertrackten Beziehungen zwischen Staat und Welt lassen sich auf unterschiedliche Weise interpretieren. Eine Variante ist die Vorstellung von Globalisierung als Prozeß der Entstaatlichung. Er läßt sich an den drei zentralen Komponenten des Nationalstaates nachweisen: Das Staatsgebiet läßt sich nach außen hin immer weniger effektiv schließen, die Grenzen werden durchlässiger für Ströme von Menschen, Waren, Geld und Informationen, die von nationalen Regierungen immer weniger gefiltert werden können. Das Staatsvolk zerfällt in heterogene Bevölkerungsgruppen, in getrennte soziale Milieus und Subkulturen, deren Loyalität gegenüber dem Staat tendenziell abnimmt. Das Gewaltmonopol ist durch die zunehmende Privatisierung von Gewalt in erheblichem Maße bedroht; aus immer mehr Stadtteilen und Regionen ziehen sich die Vertreter der Staatsgewalt zurück und hinterlassen staatsfreie Enklaven.

Während die überkommenen Identifikationsobjekte zerfallen, sind neue Identifikationsmöglichkeiten jenseits des Nationalstaates noch kaum erkennbar oder erscheinen wenig verheißungsvoll. So vergleichsweise leicht der Zerfall staatlicher Strukturen und Institutionen nachweisbar ist, so schwierig ist die Zurechnung dieser Veränderungen zu einer wie auch immer definierten Globalisierung. Könnten nicht endogene Prozesse der Individualisierung zumindest einige dieser Effekte besser erklären als exogene Einflüsse der Globalisierung?

Weniger dramatisch ist die Konzeption von Globalisierung als querlaufende Vergesellschaftung (*Zündorf 1994; 1999*). Hier richtet sich der Blick auf Prozesse, die die Nationalstaaten durchziehen, deren Bevölkerungen miteinander verbinden und die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen verändern. Querlaufende Vergesellschaftungen in Form von Weltmärkten (auf denen Wirtschaftssubjekte aus verschiedenen Gesellschaften marktvermittelte Tauschbeziehungen miteinander eingehen), multinationalen Unternehmen (die Ressourcen aus verschiedenen Gesellschaften kombinieren, Produktionsprozesse länderübergreifend organisieren und ihre Produkte weltweit anbieten) und internationalen Regimen (die von Nationalstaaten Aufgaben zur Koordinierung von Beziehungen zwischen Akteuren verschiedener Gesellschaften übernehmen) entziehen sich immer mehr einzelstaatlicher Kontrolle, gewinnen eine Eigendynamik und verwandeln Nationalstaaten in Komponenten eines komplexen Weltsystems. Querlaufende Vergesellschaftungen können in Anlehnung an Schumpeter als Prozesse "schöpferischer Zerstörung" bezeichnet werden, d.h. es werden nicht nur bestehende, nationalstaatlich gebundene Strukturen zerstört, sondern auch neue, transnationale Strukturen geschaffen. Entscheidend ist dabei die Frage nach der Bilanzierung von Zerstörung und Neuschöpfung. Wen trifft die Zerstörung überkommener, wer profitiert vom Aufbau neuer Strukturen? Wer sind die Verlierer, wer die Gewinner in der - von welchen Stellen, nach welchen Kriterien berechneten und propagierten - Globalisierungsbilanz?

Aus der Sicht des Ansatzes der querlaufenden Vergesellschaftung sind Staaten nicht bloß Objekte, sondern auch Subjekte und aktive Mitgestalter der Globalisierung. Sie wird nicht nur von multinationalen Unternehmen und internationalen Organisationen vorangetrieben, sondern von Regierungen begünstigt, die die nationalen Wirtschaftsräume für querlaufende Vergesellschaftungen geöffnet und ihren Rückzug aus der Wirtschaft durch Privatisierung staatlicher Unternehmen, Deregulierung nationaler Märkte und Kompetenzübertragungen an internationale Organisationen eingeleitet haben. Dabei haben sie nicht nur auf externen Globalisierungsdruck reagiert, sondern auch auf die "hausgemachten" Probleme sozialpolitischer Überlastung und überbordender Staatsverschuldung, wobei sie sich von wirtschaftspolitischen Theorien und Ideologien inspirieren ließen, die eine effektivere Balance zwischen Staat und Markt versprachen (*Yergin/Stanislaw 1999*).

Mehr noch als die Antinomie von Nationalstaat und Welt scheint der Dualismus von Staat und Markt den Kern des aktuellen Globalisierungsdiskurses zu bilden. In den Auseinandersetzungen um die Bewertung der Globalisierung spielt kaum ein Begriff eine so große Rolle, ist mit so unterschiedlichen Wertungen verbunden und ruft so viele Konflikte hervor, wie der des Marktes. In den von mir unterschiedenen Konzeptionen des Staates und der Welt kommt kein Begriff so oft vor wie der des Marktes - als Grundform wirtschaftlicher Vergesellschaftung und als integraler Bestandteil freiheitlicher Gesellschaftsordnungen, als komplementäre und konkurrierende Institution (zum Staat) bei der Allokation von Gütern und Dienstleistungen, als Gegenspieler sozialpolitischer Kartelle und rent

seeking-Gruppen, als Mechanismus der Zivilisierung politischer Macht und der Zerstörung sozialer Gemeinschaften, als Bedrohung tradierter Kulturen durch die Verlockungen materieller Gütern, konsumistischer Einstellungen und individualistischer Lebensstile... Der Streit um die Bewertung des Marktes durchzieht die gesamte Wirtschaftsgeschichte, wobei sich die grundlegenden Argumente kaum verändert haben. Denjenigen, die den Markt als Instrument der Zivilisierung der Gesellschaft und der Rationalisierung der Politik betrachten, stehen diejenigen gegenüber, die seine zerstörerischen Wirkungen im Gesellschaftsleben und als Urheber sozialer Ungleichheit betonen. Während die einen die Kontrolle der Politik durch freie (Welt-)Märkte begrüßen, weil diese das Regierungshandeln rational beurteilen und eine vernünftige, realitätsorientierte Politik erzwingen, befürchten die anderen eine Aushöhlung der Demokratie durch illegitime Marktmacht und bestreiten die Eignung kurzfristiger Märkte als Basis langfristig angelegter Politik. Während die einen die stimulierende Kraft des (internationalen) Wettbewerbs hervorheben, der Innovationen hervorbringt und die Bevölkerung mit immer qualitativ volleren und preiswerteren Gütern und Dienstleistungen versorgt, betonen die anderen die zerstörerischen Wirkungen des Wettbewerbs, der immer mehr zum Selbstzweck gerät und sich auf lange Sicht selbst abschafft. Während die einen globale Märkte als Motoren wirtschaftlichen Wachstums preisen, von dem alle Länder profitieren, beklagen die anderen die Ausgrenzung zahlloser Menschen, die Zunahme sozialer Ungleichheit und die Trennung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer.

Die Mehrzahl dieser Argumente ist nicht neu, und wenn es so wenig neue Argumente gibt, stellt sich die Frage, was neu sein soll an den zugrunde liegenden Sachverhalten. Überspitzt und provokant könnte man behaupten, Globalisierung sei im Prinzip nichts Neues. Wir sind nur in eine neue Phase dieses langzeitlichen und diskontinuierlichen Prozesses getreten, die gekennzeichnet ist durch erneute Beschleunigung, vergrößerte Reichweite und erhöhte Reflexivität. Die kognitiven Karten werden neu gezeichnet, sie sind differenzierter als je zuvor und lassen daher die Spannungs- und Konfliktlinien umso deutlicher hervortreten.

Anmerkungen

(1) Es sei angemerkt, daß die Interessen der inländischen Bevölkerung nicht notwendigerweise den Interessen ausländischer Investoren entgegenstehen. Beide können durchaus konvergieren; eine geschickte Standortpolitik kann über das Anlocken ausländischer Direktinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen.

(2) Dem Einwand, diese Doktrin hätte - wie so viele andere Lehrmeinungen seither - das Handeln von Unternehmern und Politikern kaum nachhaltig beeinflusst hat, läßt sich mit Keynes (1936) begegnen: "Ideen aus den Wirtschaftswissenschaften und der politischen Philosophie sind ... wirkungsmächtiger, als gemeinhin angenommen wird. Tatsächlich wird die Welt fast nur von ihnen beherrscht. Männer der Praxis, die sich ganz frei von allem intellektuellen Einfluß dünken, sind gewöhnlich Nachbeter irgend eines obsoleten Wirtschaftswissenschaftlers. Irre in verantwortlicher Stellung, die bei hellichtem Tag Gespenster sehen, beziehen ihren Wahn aus den Büchern irgendeines akademischen Schreiberlings von vor ein paar Jahren" (zitiert nach Gellner 1990, 10).

(3) Barber (1996, 70) zufolge sind die weltweiten Werbeetats "um ein

Drittel schneller gewachsen als die Weltwirtschaft und dreimal so schnell wie die Weltbevölkerung. Von bescheidenen 39 Milliarden Dollar 1950 sind sie bis 1990 auf 256 Milliarden Dollar geklettert. Die weltweiten Pro-Kopf-Aufwendungen sind von 15 Dollar 1950 auf heute fast 50 Dollar gestiegen... die Vereinigten Staaten(liegen) mit fast 500 Dollar pro Kopf an der Spitze ..."

(4) Dem stimmt auch Said (1996, 30) zu: "Alle Kulturen sind, zum Teil aufgrund ihres Herrschaftscharakters, ineinander verstrickt; keine ist vereinzelt und rein, alle sind hybrid, heterogen, hochdifferenziert und nichtmonolithisch. Das gilt, wie ich glaube, für die Vereinigten Staaten ebenso wie für die moderne arabische Welt ..."

(5) Zu den kulturellen Konsequenzen gehört auch die Entwicklung der Ethnologie im Schatten des Kolonialismus, die das Bewußtsein für kulturelle Unterschiede und die Variabilität der Lebensformen erweitert hat - und durch fragwürdige Universalismen immer wieder verdunkelt wird.

(6) Schon Adam Smith unterscheidet im Zusammenhang mit der europäischen Expansion zwischen einem "Handelsprojekt" im Indischen Ozean und einem "Eroberungsprojekt" in Amerika (vgl. Osterhammel 1995, 34).

Literatur

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, (1997): Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.

Arrighi, Giovanni (1994): The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Time. London.

Barber, Benjamin R. (1998): Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. Bern.

Blau, Peter M. (1977): Inequality and Heterogeneity: A Primitive Theory of Social Structure. New York.

Bornschier Volker (1988): Westliche Gesellschaft im Wandel. Frankfurt/M.

Bornschier Volker (1992): Politökonomische Regime: Das Zusammenspiel langer Wellen in Politik und Gesellschaft. In: Abromeit, Heidrun/Jürgens, Ulrich (Hg.): Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns. Berlin, S. 328-357.

Braudel, Fernand (1968): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Bd. 3 Aufbruch zur Weltwirtschaft. München.

Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter I: Die Netzwerkgesellschaft. Opladen.

Chabal, Patrick/Daloz, Jean-Pascal (1999): Africa Works: Disorder as Political Instrument. Oxford.

Dehio, Ludwig (1996): Gleichgewicht oder Hegemonie: Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Darmstadt.

Dicken, Peter (1998): Global Shift. Transforming the World Economy. New York/Kondon.

Fieldhouse, David, K. (1965): Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert. Frankfurt/M.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. München.

- Geertz, Clifford (1996):** Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts. Wien.
- Gellner, Ernest (1990):** Pflug und Schwert: Grundlinien der Menschheitsgeschichte. Stuttgart.
- Gray, John (2001):** Die falsche Verheißung: Der globale Kapitalismus und seine Folgen. Berlin.
- Hartmann, Michael (1999):** Auf dem Weg zur transnationalen Bourgeoisie? Die Internationalisierung der Wirtschaft und die Internationalität der Spitzenmanager Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. In: Leviathan, 27, S.113-141.
- Heintz, Peter (1982):** Die Weltgesellschaft im Spiegel von Ereignissen. Diessenhofen.
- Hirsch, Joachim (1995):** Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin.
- Hirschman, Albert O. (1989):** Entwicklung, Markt und Moral: Abweichende Betrachtungen. München.
- Huntington, Samuel (1996):** Kampf der Kulturen. Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München.
- Jones, Eric L. (1991):** Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens. Tübingen.
- Kindleberger, Charles, P. (1996):** World Economic Primacy: 1500-1990. Oxford.
- Laue, von, T.H. (1987):** The World Revolution of Westernization. New York/Oxford.
- Lütz, Susanne (1997):** Die Rückkehr des Nationalstaates? Kapitalmarktregulierung im Zeichen der Internationalisierung von Finanzmärkten. In: Politische Vierteljahresschrift, 38. Jg., S. 475-492.
- Mann, Michael (1997):** Hat die Globalisierung des Siegeszug des Nationalstaates beendet? In: Prokla, 27. Jg., S. 113-141.
- Merton, Robert, K. (1968):** Social Theory and Social Structure. New York.
- Moss Kanter, Rosabeth (2000):** Global denken - lokal handeln - Weltklasse erreichen. Wien.
- North, Douglas (1988):** Theorie des institutionellen Wandels. Tübingen.
- North, Douglas (1992):** Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen.
- Ohmae, Kenichi (1985):** Macht der Triade. Die neue Form weltweiten Wettbewerbs. Wiesbaden.
- Olson, Mancur (1985):** Aufstieg und Niedergang von Nationen. Tübingen.
- Osterhammel, Jürgen (1995):** Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen. München.
- Parry, J.H. (1963):** Zeitalter der Entdeckungen. Zürich.
- Porter, Roy (1991):** Kleine Geschichte der Aufklärung. Berlin.
- Reinhard, Wolfgang (1999):** Geschichte der Staatsgewalt. München.
- Rosecrance, Richard (1987):** Der neue Handelsstaat. Frankfurt/M.
- Said, Edward W. (1994):** Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht. Frankfurt/M.
- Sassen, Saskia (1996):** Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der

Global Cities. Frankfurt/M.

Siebert, Horst (1997): Weltwirtschaft. Stuttgart.

Schmitt, Carl (1993): Land und Meer: Eine weltgeschichtliche Betrachtung. 3. Aufl., Stuttgart.

Simmel, Georg (1968): Soziologie: Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin.

Soros, George (1998): Die Krise des globalen Kapitalismus. Berlin.

Stiftung Entwicklung und Frieden (1999): Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Prognosen. Frankfurt/M.

Trotha, Trutz von (2000): Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit. In: Leviathan, 28.

Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft., 5. Aufl., Tübingen.

Weber, Max (1981): Wirtschaftsgeschichte. 4. Aufl., Berlin.

Weede, Erich (1988): Der Sonderweg des Westens. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 17, S. 172-186.

Weede, Erich (1990): Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Zur Soziologie der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Demokratie. Tübingen.

Weizsäcker, Carl, Christian, von (1999): Logik der Globalisierung. Göttingen.

Yergin, Daniel/Stanislaw, Joseph (1999): Staat oder Markt - Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts. Frankfurt/M.

Zündorf, Lutz (1994): Weltwirtschaftliche Vergesellschaftungen. Eine soziologische Perspektive der Weltwirtschaft. In: Lange, Elmar (Hg.): Der Wandel der Wirtschaft. Berlin, S. 143-174.

Zündorf, Lutz (1999): Dimensionen weltwirtschaftlicher Vergesellschaftung - Weltmärkte; transnationalen Unternehmen und internationale Organisationen. In: Eckardt, Andrea/Köhler, Holm-Detlev/Pries, Ludger (Hg.): Global Players in lokalen Bindungen. Berlin, S. 31-52.

KeyWords: Globalisierung, Globalisierungsprozess, Globalität, Staat, Nationalstaat, Staatsvolk, Rechtsstaat, Sozialstaat, Territorialstaat, Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Staatensystem, international Organisation, Welt, Weltgesellschaft, Weltsystem, Bezugssystem, Markt, Weltmarkt, Wettbewerb, Konkurrenz, Standortwettbewerb, nationaler Wettbewerbsstaat, Herrschaft, Herrschaftsgebilde, Kultur, Gesellschaftsbild, Gesellschaftsmodell, Weltbild, Spannung, Konflikt, Akteure, Institution, Ordnung, Tausch, Transaktionskosten, Liberalismus, Neoliberalismus, Theorie kollektiven Handelns, Mancur Olson, privatwirtschaftliches Interesse, gesamtwirtschaftliches Interesse, Verteilungskoalition, Ausdifferenzierung, Integration, Schließung, Grenze, Grenzregime, Regulierung, Deregulierung, Freihandel, Zivilisierung, Zivilisierungsthese, Doux-commerce-These, Kommunistisches Manifest, Krise, Kontrollhierarchie, coercion-extraction-cycle, Konglomerat von Kulturen, Kampf der Kulturen, McWorld, Universalismus, Antagonismus, Partikularismus, Raumrevolution, Kosmopoliten, cosmopolitans, locals, Arbeitnehmergeinschaft, Weltklasse, global cities, kognitive Karten, Entstaatlichung, querlaufende Vergesellschaftung, Dualismus Staat - Markt



■ (c) 2002 sowi-online e.V., Bielefeld ■ Federführender Herausgeber des
sowi-onlinejournals 1/2002: Reinhold Hedtke ■ Verantwortlich für diese
Seite: Reinhold Hedtke ■ WWW-Präsentation: Norbert Jacke
■ Bearbeitung: Lea Holtmann ■ URL des Dokuments: http://www.sowi-onlinejournal.de/2002-1/bezugssysteme_zuendorf.htm
■ Veröffentlichungsdatum: 31.07.2002